

01.09.2009

Antrag

**der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP**

Mehr Toleranz für spielende Kinder - Kinderlachen ist kein Lärm!

I. Der Landtag stellt fest:

Kinder sollen in Nordrhein-Westfalen die besten Entwicklungsmöglichkeiten und die besten Chancen haben. Daher sind wir auf dem Weg, aus Nordrhein-Westfalen das kinderfreundlichste Land in Deutschland zu machen. Der Landtag begrüßt diese Perspektive sowie die bereits in diese Richtung unternommenen Schritte ausdrücklich.

Zur Kinderfreundlichkeit gehört aber auch, dass Kinder sich wie Kinder bewegen sollen ohne durch unangemessene Einschränkungen in ihren Entfaltungschancen gehindert zu werden. Denn Kinder können und wollen nicht immer "Stillsitzen". Und das ist gut so! Kinder brauchen für ihre individuelle Entwicklung Freiräume und Orte, wo sie spielen, toben und auch mal laut sein dürfen. Der damit verbundene, von Kindern ausgehende Geräuschpegel erfordert in unserer Gesellschaft mehr Nachsicht und Akzeptanz.

Der Landtag sieht mit Sorge, dass im Zuge der demographischen Entwicklung immer weniger Menschen mit Minderjährigen in einem Haushalt leben. Eine mögliche Folge davon ist, dass das Verständnis für die natürlichen Bedürfnisse der Kleinen unter Erwachsenen zunehmend verloren geht. Dabei ist Kinderlärm etwas ganz Natürliches und Ausdruck der besonderen Vitalität von Kindern. Er ist Teil des Kindseins und gehört zum Alltag dazu. Es ist daher bedauerlich, dass es immer wieder zu Klagen kommt, weil sich Anwohner von spielenden Kindern belästigt und gestört fühlen.

Wenn wir die unterschiedlichen Quellen des Geräuschpegels in unseren Städten als Teil des pulsierenden Lebens akzeptieren, dann muss das umso mehr für die Lautstärke spielender Kinder gelten. Auch in Wohngebieten - und nicht nur im Umfeld von Kindertageseinrichtungen, Schulen, Spielplätzen und Bolzplätzen - müssen Kinderlachen und Kindergeschrei willkommen sein und als grundsätzlich zumutbar gelten.

Datum des Originals: 01.09.2009/Ausgegeben: 01.09.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Der Landtag unterstützt daher die Klarstellung von Bundespräsident Horst Köhler, der zu Folge "Kinderlärm Zukunftsmusik ist". Von Kindern verursachte Geräusche, unabhängig von ihrer Lautstärke, dürfen in unserer Gesellschaft nicht mit Verkehrs- oder Industrielärm gleichgesetzt werden. Spielende und lärmende Kinder sind, bei aller Berücksichtigung der berechtigten Belange lärmschutzwürdiger Dritter, in unserer älter werdenden Gesellschaft willkommen und zu fördern. Es ist überflüssig, unangebracht und im Kern kinderfeindlich, den Lärm spielender Kinder zum Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzung zu machen. Kleinliche Lärmschutzregelungen sind ebenso fehl am Platz wie die Verinselung von Kinderwelten um sie von Erwachsenen fernzuhalten.

Der Bundestag hat in seiner Sitzung am 2. Juli 2009 einstimmig einen Antrag zur Änderung der Baunutzungsverordnung und zu einer Anpassung des Lärmschutzrechts beschlossen (Drucksache BT 16/13624). Demnach sind Kindergärten, Kinderspielplätze und ähnliche Einrichtungen in reinen Wohngebieten generell zuzulassen und nicht als städtebaurechtliche Ausnahmetatbestände zu behandeln. Zukünftig soll dadurch Kinderlärm nicht mehr als schädliche Umweltauswirkung für die Nachbarschaft eingestuft werden können. Der Landtag begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- an den Beratungen für einen Entwurf zur Änderung der Baunutzungsverordnung auf der Grundlage des Bundestagsbeschlusses vom 2. Juli 2009 (Drucksache BT 16/13624) sowie an einer damit verbundenen Anpassung der Lärmschutzgesetzgebung im Bundesrat konstruktiv mitzuwirken;
- die dem Freizeitlärmelass zugrunde liegende Förderung der Entfaltung von Kindern durch eine Akzeptanzinitiative Nachdruck zu verleihen und für mehr Verständnis bei Erwachsenen für Kinderlärm zu werben;
- in Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege und Kirchen die Erstellung eines Leitfadens zu erörtern, um die im Zusammenhang mit dem Betrieb von Kindertageseinrichtungen auftretenden möglichen Konflikte frühzeitig und angemessen mit Nachbarn lösen zu können und
- durch eine landesweite Veranstaltung dieser Thematik insgesamt mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Helmut Stahl
Peter Biesenbach
Ursula Doppmeier
Marie-Theres Kastner
Walter Kern

und Fraktion

Dr. Gerhard Papke
Ralf Witzel
Christian Lindner

und Fraktion